

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

Position der Bundesregierung zu UNCTAD VII

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bei den anstehenden UNCTAD VII-Verhandlungen (Juli 1987 in Genf) zu folgenden Punkten eigene Initiativen einzubringen bzw. Initiativen anderer Staaten, insbesondere der Gruppe 77, zu unterstützen:

1. Einberufung einer internationalen Entschuldungskonferenz auf der Grundlage einer gleichberechtigten Mitwirkung aller Beteiligten, die allgemeine Richtlinien für einen umfassenden Schuldenerlaß gegenüber den Staaten der Dritten Welt erarbeiten soll;
2. Erarbeitung von Ansätzen zur Neuordnung des internationalen Währungs- und Finanzsystems, durch die extreme Wechselkursschwankungen sowie spekulative Kapitalbewegungen unterbunden werden und der US-Dollar aus seiner Rolle als Weltwährung entlassen wird;
3. Umsetzung des Integrierten Rohstoffprogramms der UNCTAD zur Sicherung der Rohstoffeinnahmen der Dritten Welt. Erweiterung dieses Programms um folgende Punkte:
 - Verwendung der Mittel für die Binnenmarktentwicklung,
 - Verbesserung der Lage der unmittelbaren Produzentinnen und Produzenten,
 - Vereinbarung verbindlicher Produktionsquoten und Sanktionsmaßnahmen gegen Länder, die sich nicht daran halten;
4. Beteiligung von regierungsunabhängigen gesellschaftlichen Organisationen aus allen Mitgliedsländern als gleichberechtigte Verhandlungspartner innerhalb der UNCTAD.

Bonn, den 24. Juni 1987

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

